

# Bürgerinitiativen kehren Beirat den Rücken

Thema Stadtautobahn A 281 führt zu heftiger Diskussion in Obervielnd

VON KARIN MÖRTEL

**Obervielnd.** Sie haben endgültig die Nase voll: Nach fast neun Jahren Kampf gegen den geplanten Verlauf der Stadtautobahn A 281 haben sich die Vertreter der „Bürgerinitiativen für eine menschengerechte A 281“ entschieden, dem Obervielnder Stadtteilparlament den Rücken zu kehren. „Wir sehen keinen Sinn mehr darin, unsere Kraft und Energie in ein Gremium einzubringen, das mehrheitlich kein Interesse an Sachargumenten hat“, sagte der Sprecher der Bürgerinitiativen nach der Beiratssitzung am Dienstagabend.

Vorangegangen ist eine hitzige Grundsatzdiskussion um die Frage, ob die aktuell geplante Anbindung der Autobahn an den Zubringer Arsten (Bauabschnitt 2.2) langfristig eine Entlastung für den Stadtteil bringt oder nicht. Dabei spielte es nur untergeordnet eine Rolle, dass auf der Tagesordnung eigentlich nur die Auswirkungen standen, die der vom Bund gewünschte Komplettabriss des Tunnels am Zubringer Arsten nach sich ziehen würde. Diese Änderung war im vorangegangenen Planfeststellungsverfahren noch nicht berücksichtigt worden.

Die Bürgerinitiativen nahmen das daraus entstandene Planänderungsverfahren zum Anlass, neue Argumente gegen die Anbindung an den Arster Zubringer vorzubringen. Diese finden sich auch in einem gemeinsamen Antrag von Beiratsmitgliedern der Grünen und der Linkspartei wieder: Sie befürchten drastische Einschränkungen für den Öffentlichen Nahverkehr und eine schlechte Erreichbarkeit der Krankenhäuser während der mehrjährigen Bauphase. Außerdem lesen die Gegner der Pläne aus einem Verkehrsgutachten mehr Verkehr in den Wohngebieten Obervielnds ab, sollte es zum Bauabschnitt 2.2 kommen.

Auch die Kostenfrage für den Tunnelneubau sowie die insgesamt angesetzte Investitionssumme von 150 Millionen Euro plus Planungskosten spielt darin eine Rolle. „Wir meinen – wie die Bürgerinitiative – dass dieses Geld besser für Maßnahmen aufgewendet werden sollte, die tatsächlich erhebliche Vorteile für Menschen und Verkehr gewährleisten“, heißt es in dem ge-



Die Auswirkungen durch den Komplettabriss des Tunnels vom Arster Zubringer am Knotenpunkt Kattenturm Heerstraße/ Neuenlander Straße wurden in der Beiratssitzung zum Nebenschauplatz.

FOTO: WALTER GERBRACHT

meinsamen Antrag abschließend. Daraus leiten die Antragssteller die Forderung ab, der Beirat solle gegen die Planänderung des Bauabschnitts 2.2 stimmen und sich vorrangig für eine direkte Führung der Stadtautobahn unter dem Flughafengelände hindurch nach Brinkum einsetzen.

## CDU und SPD stimmen Planungen zu

„Ich glaube weiterhin daran, dass der Bauabschnitt 2.2 eine Entlastung für Obervielnd bringen wird und setze darauf, dass auch noch die Bremer Vorzugsvariante B6n unter dem Flughafengelände hindurch nach Brinkum gebaut wird“, sagte

Beiratssprecher Stefan Markus (SPD).

„Die Fakten des Verkehrsgutachtens kann man nicht ignorieren, das ist keine Glaubensfrage“, zeigte sich Breeger verärgert. Die Aussage von Erich Peters (SPD), er glaube prinzipiell nicht an Gutachten und setze dagegen auf den gesunden Menschenverstand, machte Teile der Zuhörerschaft fassungslos. „Einige wenige wollen offenbar das gesamte Bauprojekt infrage stellen, doch heute geht es ausschließlich um den Tunnel. Und daran sehe ich nichts Negatives“, vertrat Volkhard Sachs (CDU) seinen Standpunkt – und erntete dafür ebenfalls zum Teil harsche Kritik aus dem

Publikum. Ungeachtet dessen stimmten die Fraktionen der SPD und CDU geschlossen gegen den Antrag von Grünen und Linke und setzten mehrheitlich gegen die Stimmen aller anderen anwesenden Parteien eine Zustimmung zu den vorgelegten Planungsänderungen durch.

Die Reaktion darauf folgte prompt am gestrigen Morgen: „SPD und CDU verweigern jede inhaltliche Beschäftigung mit den Autobahnplänen und den Argumenten und Befürchtungen der Bürgerinnen und Bürger. Sie arbeiten damit gegen die Interessen Obervielnds“, so Norbert Breeger. Zwar erkenne er an, dass es einige Beiratsmitglieder gebe, die offen für Sachargumente seien, jedoch blieben sie leider in der Unterzahl. „Wir reden weiter mit allen, die zu einer sachlichen Auseinandersetzung bereit sind. Die Teilnahme an Sitzungen des Beirats Obervielnd werden wir uns allerdings nicht mehr zumuten“, sagt Breeger. Das sei allerdings keineswegs eine Resignation im Kampf gegen die Autobahnplanungen insgesamt. Die Initiativen würden künftig weiterhin alle anderen politischen und rechtlichen Möglichkeiten nutzen, um zu verkehrs- und sachgerechten Lösungen zu kommen, kündigt der Sprecher der Bürgerinitiativen an.

Den Vorwurf, CDU und SPD würden sich nicht mit Sachargumenten zum Thema Stadtautobahn auseinandersetzen, beurteilt Beiratssprecher Stefan Markus als „absurd“. „Ich schätze die Sachkenntnis der Bürgerinitiativen, die sicherlich weit über diejenige einzelner Beiratsmitglieder und auch meiner persönlichen hinausgeht. Dennoch sehe auch ich mich dazu in der Lage, auf Basis der mir bekannten Fakten eine fundierte Entscheidung zu treffen“, so Markus.

Der überwiegende Teil des Beirates habe lediglich auf der gleichen Sachgrundlage eine andere Schlussfolgerung gezogen als die Bürgerinitiativen. Dass mehrheitlich getroffene Entscheidungen nicht allen gefallen, sei in einer Demokratie offenbar Normalität. Markus: „Für umso wichtiger halte ich den Austausch unterschiedlicher Argumente auf den Beiratssitzungen und ich finde es bedauerlich, dass die Bürgerinitiativen diese Tür nun zuschlagen.“